

Windräder erobern die Wälder

Um die Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien zu erreichen, gibt das Land Forstflächen frei

VON MATHIAS HAUSDING

Biebersdorf (MOZ) Im Zuge der Energiewende gewinnt auch in Brandenburg der Wald als Standort für Windräder an Bedeutung. Während die Landesregierung die Errichtung der Anlagen auf Forstflächen forciert, lehnen Umweltschützer den neuen Ansatz rigoros ab.

Rund 350 Menschen leben in Biebersdorf, einem hübschen Ort bei Lübben im Kreis Dahme-Spreewald. Es gibt einen Gasthof, einen Bäcker und leider die B 87, auf der die Lastwagen an Wochentagen im 20-Sekunden-Takt für ohrenbetäubenden Lärm sorgen. Geradezu friedlich muten dagegen Windräder an, die sich auf Feldern ringsum drehen. Und dann gibt es wiederum in Biebersdorf noch Mühlen, die man weder sieht noch hört, weil sie im Wald stehen. Aber um genau die gibt es Streit.

Im April dieses Jahres ist hier brandenburgweit einer der ersten Windparks im Wald ans Netz gegangen. Konkret stehen sechs von insgesamt 14 Mühlen mitten im Kiefernforst, weit weg vom nächsten Haus. Auch Autofahrer sehen von ihnen so gut wie nichts. Man

muss schon rein in den Wald, um sich ein Bild machen zu können, obwohl die Räder mit 125 Metern Nabenhöhe zu den Großen ihrer Art gehören.

„Kiefern-Monokultur, kein besonders schöner Wald“, sagt Bauleiter Ronald Friedrich, der im Auftrag des Planungsbüros Petrick und Reese unterwegs ist, um den Stand der Arbeiten für die Erweiterung um drei Anlagen in dem Wald noch in diesem Jahr zu kontrollieren. Erste Flächen, pro Windrad etwa so viel wie ein halbes Fußballfeld, sind dafür bereits gerodet. „Der Flächenverbrauch ist gering“, betont er. Neben jenem Ort, an dem das Rad nebst Fundament einmal steht, muss noch etwas Platz für den Baukran geschaffen werden. Was hier an Holz verschwindet, wird anderswo wieder aufgeforstet. „Windkraft im Wald ist eine feine Sache“, lautet Friedrichs Fazit.

Das sieht der Naturschutzbund NABU ganz anders. „Wir

befürworten Windkraft“, stellt Landesvorstand Helmut Brücher klar. „Aber in den Wald gehören die Anlagen nicht.“ Brücher kritisiert vor allem, dass derzeit massiv im Wald gebaut werde, ohne dass es bislang Untersuchungen darüber gebe, wie sich die Mühlen auf die Tierwelt auswirken. „Im Wald wird gebrütet, geschlafen, gebalzt. Deshalb geht von den Mühlen hier eine wesentlich höhere Gefahr aus“, ist Brücher überzeugt.

Jan Weber, Windparkplaner im Büro Petrick und Reese, muss erst einmal tief durchatmen, wenn er mit diesen Vorwürfen konfrontiert wird. Konflikte vor allem mit streng geschützten Fledermäusen seien grundsätzlich nicht wegzudiskutieren, räumt er ein. Aber die Tiere würden in der Regel bodennah leben, nur sehr vereinzelt auf Höhe des Windrads fliegen, wo sie erschlagen werden könnten. „Die Quote der bislang in Brandenburg in der Nähe von Windrädern tot aufgefundenen Fledermäuse liegt pro Anlage im Promillebereich“, unterstreicht er. Außerdem verweist Weber darauf, dass es für die Anlagen im Wald besondere Auflagen gebe, das Aufkommen an Fledermäusen zu erfassen und sie gegebenenfalls ein paar Kilometer umzusiedeln.

Dass Windkraft im Wald überhaupt seit zwei bis drei Jahren ein Thema ist, liegt am technischen Fortschritt und der postulierten Energiewende. Erst mit der inzwischen marktüblichen Nabenhöhe von mindestens 125 Metern sind Mühlen im Wald rentabel zu betreiben. Politisch hat das Land grünes Licht gegeben, den Wald geöffnet, um Energieziele zu erreichen. Sie sehen für die Windkraft im Jahr 2030 eine installierte Leistung von 10 500 Megawatt (aktuell 4600 MW) auf zwei Prozent der Landesfläche vor. Weil es immer weniger geeignete Flächen gebe sei es richtig, in den Wald zu gehen, betont Agrarminister Jörg Vogelsänger (SPD). Es kämen jedoch nur Gebiete infrage, die keine besondere Bedeutung als Schutz- und Erholungswald besitzen. Mischwälder seien zum Beispiel für die Windkraftnutzung tabu. **(Mit Adleraugen)**



Weit weg vom nächsten Haus: Windräder im Wald wie hier in Biebersdorf haben im Gegensatz zu Anlagen auf Feldern nahe Dörfern einige Vorteile. Dennoch ist der vom Land forcierte Strategiewechsel umstritten.

Foto: MOZ/Mathias Hausding

Gerodete Flächen erreichen die Größe eines halben Fußballfeldes